

# Krafsamer Zeitung.

Nr. 208.

Montag den 12. September

1864.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krakau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Zeile 5 Nkr., im Anzeigebrett für die erste Spalte 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Nr. 4640.

Laut einer Meldung des Bezirksamtes Rozwadów wurde das k. russische Nebenzollamt Łazek aufgehoben und daselbst unter Leitung eines k. russischen Gränzwache-Capitans bloß ein Uebergangsposten für Gränzbewohner gegen achtstägige Legitimationscheine belassen. Ueber diesen Gränzpunct hat somit der Handelsverkehr und der Uebertritt mit Auslandsbürgen aufgehört.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.  
Krakau, am 8. September 1864.

Nr. 1503 / B. A. C.

Die k. k. Landes-Commission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksämter des Krakauer Verwaltungsgebietes hat die Gerichts-Auscultanten Johann Kuniewski und Constantin Rogalski zu k. k. Bezirksamts-Actuaren provisorisch zu ernennen, und den ersteren dem k. k. Bezirksamte in Dembica, den letzteren dem k. k. Bezirksamte in Maków zuzuweisen befunden.

Krakau, am 9. September 1864.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. August d. J. dem Hauptmann erster Classe, Maximilian v. Drelli, des Geniestabes, in Anerkennung seiner sehr eifrigen und ersprießlichen Dienstleistung während seiner langjährigen Zuteilung bei der Bundesmilitärcommission zu Frankfurt a. M., das Militärverdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 22. August d. J. dem Finanzwachrescipienten, Ignaz Walfer, in Anerkennung seiner vieljährigen, guten Dienstleistung, das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 31. August d. J. den Kangler der k. k. Hofkanzlei, Curie Canonicius di S. Taddeo an dem Domcapitel von Mantua, Carl Savoja, zum Parocho primicerio an der Collegiatskirche S. Andrea in Mantua allergnädigst zu ernennen geruht.

## Veränderungen in der k. k. Armee.

### Beförderungen:

Der Oberlieutenant, Adolf Eduard Baumbach, des Infanterie-Regiments Graf Hartmann-Klarstein Nr. 9, zum Obersten und Commandanten dieses Regiments; weiter in diesem Regimente der Major, Ferdinand Geler v. Kneber, zum Oberlieutenant und

der Hauptmann erster Classe, Franz v. Verub, zum Major.

### Einteilung:

Der Major des zeitlichen Rufstandes, Rudolph Freiherr Krautner v. Thatenburg, zum Infanterie-Regimente Graf Gyalai Nr. 33.

### Uebertragungen:

Der Oberst und Commandant des Jägerbataillon-Commando Nr. 13, Johann Horek v. Horkau, als Festungsartillerie-Director zu Benedig zum Artillerie-Regimente und der Adjutant bei der Feldartillerie-Direction der Armee im lombardisch-venetianischen Königreiche, Major Anton Kahn, des Artillerie-Regiments, zum Jägerbataillon-Commando Nr. 13.

### Pensionirungen:

Der Truppencommandant zu Großwardein, Feldmarschall-Lieutenant Rudolph Freiherr v. Roudeltka, auf seine Bitte; der Commandant des Militärarznei-Institutes, Oberlieutenant Richard Ritter v. Landgraf, des Armeestandes, mit Oberstlieutenant-Charakter und Pension.

## Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 12. September.

In der letzten Konferenzsitzung scheint es sich bloß um Zwischenfragen, um Einleitung vorbereitender Schritte gehandelt zu haben und ist in der Gränzfrage — der complicirten Finanzangelegenheiten gar nicht zu gedenken — keinerlei entscheidender Beschluß gefaßt worden. Man glaubt übrigens, schreibt die „Presse“, daß die Verhandlungen in nicht ferner Zeit, wenn auch nicht schon in den allernächsten Tagen, wieder aufgenommen werden dürften. Die Verständigung mit Preußen über einige Incidenzpunkte scheint bereits erfolgt. Mehrseitig gab sich der Wunsch kund, die Verhandlungen zu beschleunigen, und es dürfte sich wohl ein Modus ausfindig machen lassen, der zu diesem Ziele führt.

Nach der „N. fr. Pr.“ soll in der letzten Konferenzsitzung anerkannt worden sein, daß die ganze Gränzberechtigungsfrage in Wien selbst erledigt werden könne und daß eine Vereisung der Gränzbezirke nicht notwendig sei, weil die Abfertigungsarbeiten zc. zc. an Ort und Stelle füglich nach dem Friedensschlusse erfolgen könnten. Die Territorial-Angelegenheit werde wahrscheinlich nur noch eine Sitzung in Anspruch nehmen; es soll aber zu erwarten sein, daß bereits in nächster Woche die Arbeiten der finanziellen Sachverständigen soweit gefördert sein können, um in die principiellen Verhandlungen der Finanzfragen einzutreten, womit allerdings erst die eigentlichen Schwierigkeiten

beginnen werden. Seit dem 6. haben keine Konferenzsitzungen stattgefunden.

Ueber den Gang der Friedensconferenzen erzählt die „Kreuzztg.“, daß Oesterreich und Preußen zwar die Absicht hegen, in Betreff der Finanzfragen alle zulässige Schonung gegen Dänemark abzuhalten zu lassen, andererseits aber zu erwarten stehe, daß die deutschen Mächte, nachdem sie Dänemark vorerst die nöthige Frist zur reichlichen Erwägung seiner Entschlüsse vergönnt haben, demnächst ihre vereinte Entschiedenheit daran setzen werden, das Friedenswerk und damit die definitive Abtretung der drei Herzogthümer zum schleunigen Abschluß zu bringen.

Die „G. C.“ bringt unter dem Titel: „Studien über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen dem Königreiche Dänemark und den Herzogthümern Schleswig-Holstein“ aus bisher nicht veröffentlichten und sehr schwer zugänglichen Denkschriften und Actenstücken Beiträge zur Beleuchtung der so überaus schwierigen und verwickelten Materie, welche den Hauptgegenstand der schwebenden Friedensverhandlungen bildet, um damit die publicistische Besprechung der Angelegenheit anzuregen. Die „G. C.“ beginnt mit der Hauptsache, indem sie über den Deresundfonds, dessen verhältnismäßige Theilung zwischen Dänemark und den Herzogthümern, wie wir meldeten, von den deutschen Mächten in erster Reihe beanprucht, von Dänemark aber standhaft verweigert wird, einer ins Detail gehenden Arbeit eines schleswig-holsteinischen Staatsmannes, der zugleich finanzieller Sachmann ist (Wessen?), einige Angaben entnimmt, die wir hier in gedrängter Kürze wiedergeben. Danach betrug der gegenwärtig für die gemeinsame Staatsschuld verpfändete Deresundfonds am 31. März 1863 die Summe von etwas über 31 Millionen Reichsthalern. Nach allen Kundgebungen des dänischen Finanzministeriums sollte der Fonds zur Rückzahlung der gemeinsamen Staatsschuld dienen. Im Jahre 1857 gelang es wohl der dänischen Vergewaltigung gegen das Votum der Volksvertretung aus den Herzogthümern ein Gesetz zu Stande zu bringen, nach welchem das Ablösungs-Capital des Fonds einen separaten, stets zu erhaltenden Fonds bilden sollte. Die Absicht, den Fonds hiedurch für immerwährende Zeiten in dänische Hände zu legen, ist dabei unverkennbar. Das erwähnte Gesetz erklärt jedoch keineswegs, daß der Deresundfonds ausschließlich dem Königreich Dänemark zugehöre, mithin kein gemeinsames Activum sei. Die Bestimmung, daß die Masse des Fonds ungeschmälert zu erhalten sei, widerspricht keineswegs der Theilung dieses Activums, weil die Theilung begründet ist in politischen Verhältnissen, d. h. in der Trennung der zum Mitgenuß an dem Fonds berechtigten Herzogthümer von Dänemark, einem Ereigniß, daß 1857 nicht als entscheidender Factor auftreten konnte, weil es damals noch nicht vorhanden war. Sollte aber Dänemark bei der Liquidation die Erhaltung des Fonds wegen des Pfandrechts der Creditoren wünschen, so könnte diesem Wunsche in der Weise gewillfahrt werden, daß das Capital des Fonds auf die Dänemark verbleibende Staatsschuld angerechnet, mithin um soviel weniger Staatsschuld getheilt wird.

Die kürzlich erwähnte Depesche des Grafen Manderström über die dänische Novemberverfassung, aus welcher hervorgeht, daß die dänische Novemberverfassung nicht unter Zustimmung der schwedischen Regierung ins Leben getreten ist, datirt vom 5. October v. J. Dieselbe bespricht die Vorbereitungen zum Erlaß der Novemberverfassung und es heißt darin: „Ich kann nicht umhin, mit Rücksicht auf die Benützung des gegenwärtigen Zeitpunktes Bedenken zu hegen, um so mehr, als es mir keineswegs sicher scheint, daß Deutschland die einzige Macht sein wird, welche sich durch dieses Vorgehen verlegt fühlen wird. Die königlich dänische Regierung kann die Absicht der Incorporation in Abrede stellen, aber die Guttheilung des Zweifelsystems und namentlich die Stelle der königlichen Votenschaft, in welcher es heißt, daß man dieser Institution (dem neuen Reichsrath) eine solche Stärke zu geben beabsichtigt, daß dieselbe in Zukunft die ganze constitutionelle Entwicklung des Reiches wird auf sich nehmen können, führt sehr leicht zu der Annahme, daß der Plan vorliege, sowohl den dänischen Reichstag als auch die schleswigholsteinischen Provinzialstände abzuschaffen, um dem Reichsrath die ganze Vertretung dieser beiden Landestheile der dänischen Monarchie zu übertragen. Dadurch wäre aber Incorporation vollzogen. Wie man auch immerhin die Verpflichtungen deuten mag, welche Dänemark im Jahre 1852 übernahm, so gibt es gleichwohl einen Punkt, hinsichtlich dessen dieselben zu klar abgefaßt sind, um zu Zweifeln Anlaß zu geben, und dies ist gerade der Punkt, welcher die Verpflichtung der Nicht-Incorporation Schleswigs betrifft. Mit Rücksicht hierauf sind die von Dänemark erteilten Ver-

sicherungen vollkommen bestimmt, wenigstens haben wir dieselben immer so betrachtet. Dieser Schritt beweist wiederum die Schwierigkeit der Feststellung einer Solidarität in den beiderseitigen Grundgesetzen und Interessen mit einer Macht, welche von der einen Stunde zur andern die Stellung erzeugen kann, als diejenige, welche mit unserem Wissen und mit unserer Zustimmung bestand.“ Diese Note ist zugleich die beste Rechtfertigung der deutschen Mächte, welche der Novemberverfassung einen Bruch der Vereinbarungen von 1852 erklärten. Schweden war, wie man sieht, derselben Ansicht, aber die verblendete Gerdänenpartei in Kopenhagen schlug seine Warnungen in den Wind und erwartete nach wie vor bewaffneten Beistand für den zurückgewiesenen Rath.

Die Nachricht von dem Abgange der Cessionen-Urkunde nach Oldenburg, in welcher der Prinz von Batsa seinen Ansprüchen auf die Herzogthümer Schleswig-Holstein zu Gunsten des Großherzogs von Oldenburg förmlich entzagt, ist nach einem der „Darmstädter Zeitung“ aus Wien zugeworfenen Schreiben gänzlich unbegründet. Gleichzeitig werden in jenem Schreiben alle in letzterer Zeit über diese Angelegenheit erschienene Zeitungsartikel als sehr ungenau erklärt.

Die preussische Antwort auf die letzte englische Note wegen der Volksabstimmung, schreibt die Berliner „Z. C.“, wird lange auf sich warten lassen, da die Discussion jetzt nur eine doctrinäre Bedeutung hat. Es ist zu hoffen, daß mit dem Wechsel des hiesigen britischen Botschafters eine Geneigtheit im Verkehr der Regierungen eintreten wird.

Die Nachricht, daß Drouyn de Lhuys an die deutschen Großmächte eine Note gerichtet habe, worin er eine Abstimmung in Nordschleswig beantragt, wird von Paris aus demontirt.

Ein inspirirtes „Eingeladen“ in den „Hamb. N.“ vom 10. d. datirt aus Rendsburg, fordert mit Hervorhebung der Thatfache, daß die von dem Herzog von Augustenburg beschworene Landesverfassung das Haupthinderniß gegen seine Anerkennung bilde, die wahren Patrioten auf, vorläufig auf die Ausführung dieser Verfassung zu verzichten, da von dem Gelgefühle des einmal zur Herrschaft gelangten Herzogs mit Sicherheit zu erwarten sei, daß er dieselbe unter Zustimmung der Stände wieder einführen werde.

„La France“ bringt einen Aufruf eines Pariser Advocaten an das französische Volk, welcher daselbst zu einer demonstrativen Intervention zu Gunsten Dänemarks auffordert.

Wie schon erwähnt, haben die zur Ausgleichung des Rendsburger Conflicts unter den vier mit der Execution in Holstein beauftragten Regierungen gepflogenen Verhandlungen nun dahin geführt, daß in Kiel eine Commission von Officiern dieser vier Staaten zusammentreten wird, welche die Angelegenheiten zum Austrage bringen soll. Früher soll Frankfurt a. M. zu diesem Zweck ausgerufen gewesen sein, und nachdem dies verworfen, schwenkte die Wahl zwischen Kiel und Altona. Als Mitglieder dieser Commission werden nun bezeichnet: Für Oesterreich der Generalstabschef des Expeditions-Corps, Oberst v. Blassis, welcher bereits früher wiederholt in militärischen Angelegenheiten für seine Regierung in Frankfurt als Commissar fungirt hatte; für Preußen der Oberstlieutenant v. Stiehle; für Hannover der Oberstlieutenant v. Landesberg von der Garde; Sachsen soll seine Wahl noch nicht getroffen haben.

Wie man telegraphisch aus Paris meldet, wird als ostentibler Zweck der Schwalbacher Reise der Kaiserin Eugenie der Schmerz wegen des Ablebens der Fürstin Gzartorska angegeben. Auf den eigentlichen Grund dieser Reise wirft eine der „Presse“ zugekommene Correspondenz aus Paris ein eigenthümliches Licht. Danach hätte eine häusliche Scene, ein Schmolzen, wie es den Frauen der höchsten wie der niedrigsten Kreise eigenthümlich ist, die Kaiserin aus der Kasse des Gatten getrieben, der seine Mühe in Bichy nicht in jeder Beziehung der „inertia“ gewidmet zu haben und dabei nicht mit der erforderlichen „sapientia“ vergegangen zu sein scheint. Von anderer Seite wird der „Presse“ aus Paris gemeldet, im großen Publicum werde daselbst unter den Motiven der Reise auch der Groll über die Bereitelung der beabsichtigten Reise nach Rom und die Abneigung gegen ein Zusammentreffen mit dem aus England rückkehrenden Prinzen Humbert angegeben.

Wie man der „Indep. belge“ schreibt, hat sich die französische Regierung mit den Erklärungen, welche ihr von Rom in der Affaire Coen gegeben wurden, zufrieden gestellt. Diese Erklärungen beruhen darauf, daß der Knabe Coen freiwillig in das Haus der Katholiken getreten ist, und daß die von den Behörden verständigten Eltern ihn nicht reclamirt haben.

Nach Berichten aus Wien, 9. d., ist die Anzeige von der Anerkennung des Königs von Griechenland

land bereits nach Athen abgegangen. Gesandter ist Baron Zetta.

Die Reise Cusa's nach Frankreich ist, wie schon vor Wochen mitgetheilt wurde, richtig unterblieben. Außer den inneren Anrufen soll der Fürst auch durch sichtlich Zeichen napoleonischer Ungnade hiezu veranlaßt worden sein. Dem Finanzminister Steege, welcher Anfangs über Abschluß einer Anleihe mit den imperialistischen Banquiers zu Paris unterhandelte, wurde plötzlich auf einen kaiserlichen Wink überall die Thür gewiesen, und er mußte nach London abreißen.

Die Madrider „Epoca“ vom 2. September meldet, daß die Regierung von Peru, weit davon entfernt, an große militärische Vorbereitungen und Kämpfe zu denken, ihre Vertreter bei den westlichen Mächten Europa's und die Person, welche sie in Spanien repräsentirt, beauftragt hat, nachzuweisen, daß sie nicht im Geringsten bei den bedauerlichen Vorgängen in Panama, deren Gegenstand Dr. Salazar y Mazarredo war, die Hände im Spiele hatte. Das Cabinet von Lima hat es als eine Beleidigung betrachtet, wenn man glauben wollte, daß die peruanische Regierung einem fremden Repräsentanten zu nahe treten könnte.

Die bekannten Differenzen zwischen Brasilien und England sind noch nicht behoben. Die Londoner Daily News vom 8. d. erwähnen des Gerichtes, daß Brasilien die Vorschläge Englands bezüglich der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, die vom Könige von Portugal anempfohlen und von der englischen Regierung angenommen worden waren, zurückgewiesen haben soll.

Die Nachricht von der Unterwerfung Uruga's und anderer Dissidenten unter die kaiserliche Regierung von Mexico ist von einigen Seiten angezweifelt worden. Durch ein der „Abendpost“ mitgetheiltes Circularschreiben des kaiserlich mexicanischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten de dato Mexico, den 29. Juli, soll die Nachricht als verbürgt herausgestellt worden sein.

Aus Dresden, sowie überhaupt aus dem Königreich Sachsen wurden in voriger Woche sämtliche polnische Flüchtlinge, welche nicht die nöthigen Existenzmittel nachzuweisen vermochten, polizeilich ausgewiesen. Die nächste Veranlassung zu dieser Maßregel sollen die enormen Schulden gegeben haben, welche die von allen Existenzmitteln entblöhten Flüchtlinge bei Gewerbetreibenden contrahirt hatten. — Auch die französische Regierung hat neuerdings die Anordnung getroffen, daß von den Gränzbehörden nur diejenigen polnischen Flüchtlinge nach Frankreich eingelassen werden, welche sich über den Besitz der nöthigen Existenzmittel ausweisen.

Im „Glos wolny“, dem Organ der polnischen Emigration, warnt ein gewisser Heinrich Kalusowski, „Agent der Nationalregierung“ in Amerika, die Polen vor dem listigen Zureden sich nach Amerika zu begeben, um in den Reihen der Unionisten oder Confederirten zu stehen. Sein Schreiben, datirt Washington, 4. August, schließt mit den Worten: Was den Militärdienst betrifft, soll Jeder bedenken, daß es hier kein Avancement gibt, daß mehrere in besseren Zeiten angelommene Officiere vom europäischen Militärsoldaten sind, weil sie keine Protection fanden. Bei den Südstaaten ist es noch ärger; es fehlt ihnen factisch an Bekleidung und so manche ist von der Toilette der Indier wenig verschieden. Was Brod anbelangt, muß man es rauben, wenn man es haben will.

In Bezug auf die Zollverhandlungen mit Preußen werden nachstehende Daten als verläßlich bezeichnet. Die letzte preussische Depesche hat man in Wien ohne Weiteres als eine Zustimmung zu den von Oesterreich beantragten Verhandlungen auffassen zu können geglaubt und am 3. Sept. ist die Rückänderung auf dieselbe abgegangen, welche einfach die Erklärung enthält, daß Oesterreich bereit sei, zu diesen Verhandlungen, deren Eröffnung es aber noch in der ersten Hälfte des laufenden Monats entgegenstehe, an jeden von Preußen zu bestimmenden Ort seinen Bevollmächtigten zu entsenden. Die Antwort Preußens darauf steht noch aus und sie kann auch füglich noch nicht eingetroffen sein, da jene Depesche nach Berlin gerichtet und von dort ohne Zweifel erst nach Baden-Baden mitgetheilt ist. Was einzelne Blätter von einer eventuellen Zuziehung Sachsens zu den Verhandlungen zu berichten wissen, beruht entschieden auf einem Mißverständnis. Die eben jetzt in Niederösterreich und Preußen geführt und kann nach Lage der Verhältnisse auch nur zwischen ihnen geführt werden; Sachsen, und zwar nicht bloß Sachsen, sondern auch Bayern, hat neben Preußen erst dann zu concurriren,



wenn es auf Grund einer mit Preußen erzielten Vereinbarung wirklich zu Verhandlungen zwischen Oesterreich und dem Zollverein kommt. Uebrigens trifft man in Wien seine Vorbereitungen für alle Fälle, und daß die Lage nicht so ganz verzweifelt ist, auch wenn die handelspolitische Isolierung entschieden sein sollte, mag die Thatsache beweisen, daß von im Ganzen 57 Gremien der zu tatsächlichen Aeußerungen über den Tarifentwurf vom 18. November aufgerufenen gewerblichen und landwirtschaftlichen Corporationen nur 15 sich gegen denselben ausgesprochen, 42 aber ihm bedingt oder unbedingt ihre Stimme gegeben haben.

Nach einer der „Presse“ aus Paris telegraphirten angeblich authentischen Mittheilung hat Herr Drouyn de Lhuys sich anlässlich einer Condirung Desterreichs, ob Frankreich in Verhandlung über Modificationen des österreichisch-preussischen Handelsvertrages einzutreten bereit sei, dahin ausgesprochen, daß es geneigt sei, hierauf einzugehen, vorausgesetzt, daß die Unterhandlung dem französischen Handels-Interesse überhaupt Erleichterungen und Vortheile darbiete. Das „Mem. dipl.“ dagegen versichert, Frankreich werde jede weitere Verhandlung über den preussisch-französischen Handelsvertrag ablehnen, welcher die Kraft einer unumwandelbaren und unabänderlichen Convention erlangt hätte.

Die vorgestern erwähnte Besichtigung von St. tiz der „Patrie“, wonach Herr v. Bismarck die Cabinete von Wien und München mit ihren Amendements zu Art. 31 des Handelsvertrages lediglich nach Paris verwiesen hätte, wo man entschlossen sei, in keine Veränderung des ursprünglichen Textes zu willigen, stammt, so schreibt ein Pariser Corresp. der „Presse“, aus dem Bureau der preussischen Botschaft her. Daraus, fügt der Corresp. hinzu, mögen sie ersehen, was es mit den handelspolitischen Concessionen des Berliner Cabinets an seine deutschen Allirten an sich hat.

Zu dem Telegramm aus der „Patrie“, daß Herr von Bismarck Oesterreich und Baiern gerathen habe, von Frankreich eine Modification des Handelsvertrages zu verlangen, bemerkt die „Bair. Ztg.“ unter Hinweis auf die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen, daß es natürlich von den Ergebnissen dieser Verhandlungen sowohl im Allgemeinen, als auch in Bezug auf den preussisch-französischen Vertrag abhängen werde, ob und welcher Schritt überhaupt, und namentlich wegen einer Modification des letzteren, auch bei Frankreich geschehen solle.

### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 11. September.** Der Kaiser hatte sich vorgestern Nachmittags in Begleitung des Prinzen Ludwig in Vatern zu einer Jagd in den Gehegen nächst Mürzzuschlag begeben.

Wie „Sürgöng“ sicherem Vernehmen nach meldet, wird der Kaiser am 19. d. das Kaiserliche Geflügel besichtigen und von dort am 20. Morgens nach Romorn gehen, daselbst vor allem über die Garnison Revue abhalten und die neugebauten Festungswerke besichtigen, dann aber die Aufwartung der Civil- und Militärbehörden entgegennehmen. Bei Gelegenheit dieses hauptsächlich nur militärischen Zweckes und Gegenständen gewidmeten Ausfluges werden sowohl bei der Hin-, als auch bei der Rückreise alle Empfangs-Feierlichkeiten unterbleiben.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. August d. S. aus der Dotation für Förderung der Landescultur zwei Preise, im Ganzen fünfzig (50) Dukaten in Gold allergnädigst zu bestimmen geruht, welche unter dem Titel: „Kaiserpreise“ für ganz besondere und vorzügliche Leistungen im Gartenfache jährlich einmal und zwar bei Gelegenheit der ersten Frühjahrsausstellung der Wiener k. k. Gartenbaugesellschaft durch dieselbe zu vertheilen sind. Die Zuerkennung der Preise darf jedoch nur an Handeltgärtner des Inlandes geschehen, und hat die Vertheilung im Falle der Ermangelung von anerkanntem Werthe Leistungen zu unterbleiben.

Se. Majestät der Kaiser Ferdinand hat der Section des leitmeritzer landwirtschaftlichen Creditvereins zu Böhmisch-Leipa 100 fl. zur Förderung der Vereinszwecke gespendet.

Se. Majestät der König von Preußen hat während des Aufenthaltes in Schönbrunn dem mexicanischen Gefandten Senator Don Tomas Murphy eine Privataudienz ertheilt und aus dessen Händen zwei Schreiben Sr. Majestät des Kaisers von Mexico entgegengenommen, wodurch derselbe seine Thronbesteigung notificirt und zugleich den Ueberbringer in der Eigenschaft seines außerordentlichen Gefandten und bevollmächtigten Ministers am königlichen Hofe in Berlin beglaubigt.

Staatsminister Ritter v. Schmerling wird noch durch einige Zeit seinen Urlaub außerhalb Wien zu seiner Erholung benützen. Hiemit entfällt das Gerücht, daß die Rückkehr Sr. Excellenz bereits in nächster Zeit bevorstehe.

Der k. k. Botschafter in Rom, Frh. Alexander v. Bach, wurde im Laufe des gestrigen Vormittags in einer Audienz empfangen. Baron Bach stattete hierauf dem Grafen Rechberg einen Besuch ab.

Der österreichische Botschafter am englischen Hofe, Graf Apponyi, ist gestern auf seine Güter nach Ungarn abgereist und wird ungefähr drei Wochen daselbst verweilen.

Fürst Richard Metternich wird am 24. d. hier erwartet.

Bischof Strohmayer soll im Laufe des heutigen Tages hier eintreffen.

Wie der „Gaz. Lwowiska“ aus Czernowitz berichtet wird, hatte der disunitische Bischof in der Bukowina Hackmann in Karlowitz in der Synode der

Bischöfe orient. Ritus seinen Sitz eingenommen und soll jetzt sich um die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit seiner Diocese in kirchlicher Hinsicht bemühen, so daß der Bischof nur der jährlich zusammentretenden Bischöfe = Synode untergeben wäre.

### Deutschland.

Die Bundesversammlung hat in ihrer letzten Sitzung vom 8. d. eine Anzahl laufender Geschäfte erledigt und sodann eine Suspendirung ihrer Sitzungen für einige Wochen eintreten lassen. Förmliche Ferien sollen auch in diesem Herbst nicht stattfinden. In der Zwischenzeit werden die Friedens-Verhandlungen in Wien voraussichtlich zu ihrem Abschluß gelangen, worauf alsdann die schleswig-holstein'sche Angelegenheit am Bunde ihrer definitiven Regelung zugeführt werden soll.

Se. Maj. der König von Preußen kehrt am 12. d. nach Berlin zurück. Die „Kreuztg.“ schreibt: Nach einem hier verbreiteten glaubhaften Gerücht wird der König von Preußen auf seiner Rückreise durch die Kaiserin Eugenie in Schwalbach einen Besuch abstatten.

Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich kommt zu den Manövern nicht nach Berlin. Die „Zeidler'sche Correspondenz“ meldet: Von einem Besuch des Kaisers von Oesterreich ist hier nichts bekannt. Weder Gifette noch Politik erfordern eine so baldige Wiederbegegnung.

Ihre Majestäten der König und die Königin von Württemberg haben sich am 8. d. M. nach Friedrichshafen begeben, wo am 10. Sept. der Kaiser (Bruder der Königin) und die Kaiserin von Rußland eintreffen werden. Die kais. russische Familie beabsichtigt zwei Wochen in Friedrichshafen zu verweilen; zwischen hinein wird der Kaiser auf ein paar Tage zu den Manövern nach Berlin gehen. Auch der König von Baiern wird in Friedrichshafen erwartet.

Wie aus Wiesbaden, 7. d., geschrieben wird, hat die Kaiserin Eugenie, welche am 7. Nachm. 1 Uhr in einem Extrazug von Frankfurt dort eingetroffen, für allen officiellen Empfang, der ihr von Seiten des Herzogs zugesandt war, gedankt und ist nach ihrer Ankunft in einem gewöhnlichen Eilfuhrer-Wagen nach Schwalbach weiter gefahren. Die Kaiserin war sehr einfach schwarz gekleidet und verschleiert. Neben ihr saß eine Dame, ihr gegenüber ein Herr, der General Fleury angeblich. Die eleganten nassauischen Hof-Equipagen sind leer nach Hause gefahren. Das große Publicum hat sehr unzufrieden den Schauspiel der Reue der Verlassen. (In Schwalbach, wo die Kaiserin 3—4 Wochen lang zum Gebrauch der Bäder bleiben soll, waren erst am 5. d. zwei Hofbedienstete eingetroffen, welche sofort die neuerbaute prächtige Herber'sche Villa neben dem Weinbrunnen gemietet haben.)

Die Angabe einiger Blätter, wonach es verlautete, daß der bayerische Landtag im Spätherbst oder zu Beginn des Winters werde einberufen werden, entbehrt nach der „Allg. Ztg.“ bis jetzt jeden positiven Anhaltspunktes.

Nach Berichten aus Meiningen ist Staatsminister Th. v. Krosigk außer Thätigkeit getreten. Bis zum 1. künftigen Monats hat er den nachgelassenen Urlaub erhalten; von da an ist er zur Disposition gestellt. Der Grund seines Rücktrittes ist, nach der „N. Z.“, daß v. Krosigk — früher preussischer Beamter — in der deutschen Frage die preussischen Anschauungen beharrlich festhielt, die meiningen'sche Regierung aber sich von denselben mehr und mehr abwandte. Es entstand ein gegenseitiges Mißbehagen, welches sich schon seit längerer Zeit dadurch kundgab, daß Herr von Krosigk hinsichtlich der Beibehaltung bei Ministerconferenzen und der Bearbeitung der auswärtigen Angelegenheiten einen Vertreter in der Person eines Staatsrathes erhielt.

Der in Heidelberg versammelte Verein deutscher Ingenieure hat beschlossen, seine nächstjährige Versammlung in Breslau abzuhalten.

Graf Karolyi, der österreichische Gesandte am preussischen Hofe, hat sich am 9. d. Früh von Berlin, wo er aus Wien am 8. eingetroffen ist, nach Paris begeben.

(Der Berliner Polen-Proceß.) Sitzung vom 7. September. (Schluß.) Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird in der Sache des Angekl. Büchsenmachers Hoffmann der Zeuge Büchsenmachergeselle Buddrag vernommen.

Der Zeuge, von dem die Vertheidigung bekanntlich behauptet hat, daß die Staats-Anwaltschaft auf ihn fahnde, bestreitet die von der Vertheidigung in dieser Beziehung behaupteten und vom Präsidenten ihm vorgehaltenen Thatsachen und bekundet demnach, daß der Angekl. Hoffmann zur Zeit, als er bei demselben gearbeitet, viel Waffen verkauft habe und zwar in einer ungewöhnlich großen Zahl. Es seien die Angeklagten Mrowinski und Zorawski sehr häufig zu Hoffmann gekommen, hätten sich in ein Hinterzimmer begeben und Abends seien dann Waffen auf Wagen fortgeführt. Zorawski sei oft, wohl täglich zweimal bei Hoffmann gewesen. (v. Zorawski bestreitet die häufigen Besuche.) Der Angekl. Zorawski sei nicht so häufig bei Hoffmann gewesen und habe auch nur einmal eine Büchse und einen Revolver gekauft. Der Zeuge erklärt ferner, daß wenn Polen gekommen wären, Hoffmann stets mit ihnen in das Hinterzimmer gegangen sei. — Der Angekl. Mrowinski behauptet, daß der Zeuge bei seinem Abgange von Hoffmann geäußert habe: „Ich werde schon dafür sorgen, daß die Bude zugeschlossen wird.“ — Der Zeuge bestreitet dies, gibt aber zu, daß er mit Hoffmann bei seinem Abgange Differenzen wegen der Bezahlung gehabt, ihm aber deswegen keine Rache nachgetragen habe. — Rechtsanwält Zanecki bemerkt, daß der Angekl. Hoffmann überhaupt keinen Laden besitze, sondern nur eine kleine Werkstätte, die man als ein „schmutziges Loch“ bezeichnen könne, so daß Hoffmann einen anständigen Menschen darin nicht empfangen konnte, sondern nach

seinen Privatzimmern gehen mußte. — Zeuge bestätigt dies. Er erklärt ferner, daß die des Abends weggeführten Waffen in Einwand eingebracht waren; wie viel Waffen abgeholt seien, wisse er nicht. Der Zeuge erklärt endlich, daß Hoffmann ihn eines Tages, als der Angekl. v. Zorawski bei ihm gewesen, gefragt habe, ob er als Büchsenmacher in das Lager der Insurgenten gehen wolle. Er (Zeuge) habe darauf erwidert, daß er in Preußen bleiben wolle und Hoffmann habe auch nicht weiter zugeordnet.

Der nächstfolgende Zeuge ist der Büchsenmachergeselle Seifert, der gegenwärtig in der königlichen Geschützgießerei arbeitet, früher jedoch mit Buddrag zusammen bei Hoffmann gearbeitet hat. Der Zeuge läßt sich im Wesentlichen ebenso aus, wie Buddrag. Er gibt an, daß Hoffmann im vergangenen Jahre mehr Waffen verkauft habe, als früher. Mrowinski sei öfter zu Hoffmann gekommen, und er habe gehört, daß bei diesen Besuchen von Waffenankäufen die Rede gewesen. Zorawski sei oft, fast täglich gekommen; er habe jedoch nicht gehört, ob er von Waffenankäufen gesprochen, weil derselbe mit Hoffmann stets nach der Hinterstube gegangen sei. Der Zeuge recognoscirt auch den Angekl. Zorawski, weiß jedoch nicht, ob derselbe einmal Waffen gekauft habe. Endlich bestätigt der Zeuge auch, daß Hoffmann den Zeugen Buddrag gefragt habe, ob er in das Lager der Insurgenten gehen wolle. Was Buddrag geantwortet habe, wisse er nicht.

R. M. Deycks beantragt nunmehr die Entlassung der Angekl. Dohnstein und Hoffmann. — Der Ober-Staatsanwalt erklärt, daß die Angekl. Dohnstein und Hoffmann deutscher Nationalität seien, daß man von ihnen, so wie von Derselt und Kaniowski nicht ohne Weiteres annehmen könne, daß sie beabsichtigt hätten, sich an einem polnischen Unternehmen gegen Preußen zu betheiligen. Es müsse deshalb der Dolus bei ihnen bezweifelt und angenommen werden, daß es ihnen nur darauf angekommen sei, Geschäfte zu machen. Wären sie früher mit der vollen Wahrheit hervorgetreten, so würde sich die Sache besser für sie gestellt haben. Er stelle jedoch, da diese vier Angekl. für die weitere Verhandlung gegenwärtig nicht mehr notwendig seien, anheim, sie zu entlassen.

Bevor der Gerichtshof in Verathung tritt, zeigt der Präsident an, daß der Richter Samolitz inzwischen erschienen sei und daß zunächst zu seiner Vernehmung geschritten werden solle. Derselbe erzählt, wie er an einer Hintertür des Oberfeld'schen Hauses Waffen auf eine Brüstung (Droßke ohne Verdeck) geladen und fortgeführt habe. Ganz andere Aussage gemacht und beschworen habe, erklärt der Zeuge, daß er dies gethan, weil er eine Bestrafung befürchtet habe. Er habe den Vorfall wegen des Transports der Sachen nicht verschweigen wollen und deshalb nicht angegeben, daß er selbst dabei betheiligt gewesen. Die weiteren Aussagen dieses Zeugen ergaben, daß er mit der Wahrheit mehrfach zurückhält; er verschweigt, daß er wegen Landstreichens bestraft ist und im Gefängnis gewesen hat, daß er im Verdacht des Diebstahls gewesen u. s. w. Auf die Vorhaltungen des Präsidenten vermag er nichts weiter zu sagen, als daß er sich dessen nicht mehr erinnere. Der Zeuge erzählt weiter, daß er im Königreich Polen in der Colonne des Jung de Blankenstein gewesen, daß er durch fremde Herren angeworben sei und von dem Schneider Matuzewski zweimal Geld erhalten habe (1 Thaler 10 Sgr. und 10 Sgr.). Der Zeuge recognoscirt den Angekl. Matuzewski, welcher seinerseits erklärt, den Zeugen nicht zu kennen, ihn vielmehr erst im Laufe der Untersuchung gesehen zu haben.

Rechtsanwalt Zanecki stellt hierauf den Antrag auf Entlassung des Angekl. Zorawski; der Ober-Staatsanw. erklärt sich damit einverstanden. Rechtsanw. Brachvogel beantragt, die über das Handlungsgeschäft der Angekl. Derselt und Kaniowski verhängte Sequestration zugleich mit der Entlassung der Angekl. aufzuheben. — Der Gerichtshof zieht sich zur Verathung zurück und beschließt die vorläufige Freilassung der Angekl. Hoffmann, Dohnstein, Derselt, Kaniowski und Zorawski mit der Verpflichtung, sich jederzeit auf Verlangen dem Gerichtshof sofort wieder zu stellen. Die Sequestration des Geschäftes von Derselt et Comp. wurde nicht aufgehoben, weil sie vom Anklage-Senat beschloffen und die Aufhebung während der Untersuchung nicht verfügt werden könne. — Damit schließt die Sitzung nach 3 Uhr.

Der „Kreuzzeitung“ zufolge wurde in Polen ein Brief aufgefangen, worin polnische bereits die Insurrection ertheilt wird, bei etwaigen Verhören auszusagen, Plan der Insurgenten sei die Herstellung Polens mit Galizien unter einem österreichischen Prinzen gewesen.

### Frankreich.

**Paris, 8. Sept.** Der „Moniteur“ meldet die Ernennung des Marshalls Mac Mahon zum General-Gouverneur von Algerien. General Martimprey ist zum Senator ernannt worden. (Man spricht von einer Reise des Kaisers nach Algier.) — Der Unterrichtsminister Duruy, der mit Cousin, St. Beuve, Sylvestre de Sacy, Admiral Turien, General Fleury die Ehre der Senatorenschaft erlangen wird, hat einige Erlasse über die Preisvertheilungen in den Communal-schulen gegeben. Hiernach sollen die vorzüglichsten Preise in — Sparkassenbücheln bestehen. Ferner sollen die Lehrer nur noch durch die Schul-Inspection genehmigte Neben halten, und endlich ist es verboten, diese Preisvertheilungen durch dramatische Darstellungen der Schulkinder zu verherrlichen. — Gestern fand in der russischen Capelle zu Ehren des Krönungstages des Kaisers Alexander ein feierlicher Gottesdienst statt. Als Alles auf den Knien lag, ertönte plötzlich in polnischer Sprache ein mit tiefer Bassstimme ausgesprochenes „Es lebe Polen!“, das alle Anwesenden in großen Schrecken versetzte, da man keine Ahnung hatte, woher der Ruf ausging. — Kaum ist Fiorantino todt, so liegt schon sein Nachfolger Viel-Castel im Sterben. — Außerdem erzählt man sich in Paris, daß ein beliebter Komödientheater, L., das traurige Loos von Scudri, dem neulich in ein Irrenhaus gebrachten Musikkritiker der „Revue des deux mondes“, theile.

Lesen an, der französische Ethnologe und Vice-Consul zu Massua am Rothen Meere, der vom Kaiser Theodoros von Abyssinien gefangen gehalten, dann aber verbannt worden, ist glücklich in Alexandria angekommen. (Der englische Consul lag noch in Ketten, als Lejean das Land verließ.)

### Schweiz.

Der Sturz und die Niederlage S. Fazy's sind vollständig. Der Beschluß des Bundesraths, daß in Genf die von den Radikalen so blutig bestrittene Wahl festzuhalten und also Herr Fazy dem Herrn Chenevierre rechtskräftig unterlegen sei, — dieser einmüthige Beschluß ist an sich merkwürdig, weil auch ein bisheriger Freund Fazy's, der neue Genferische Bundesrath Chanet-Benel, dazu stimmte und ist folgenreich, weil die somit siegreiche Wählerchaft der Independents (Conservativen) in Genf sofort weitere Wahlen zu treffen hat, für welche die in Rede stehende nur ein Vorspiel war. Noch vor dem 20. d. M. an welchem die Session der Nationalversammlung in Bern beginnt, soll an die Stelle des Herrn Chanet-Benel ein Repräsentant der Genfer dafür gewählt und im November soll der ganze Große Rath erneuert werden durch dieselbe Uerversammlung (Generalrath), welche jetzt Herr Fazy befehtigte. — Es ist merkwürdig, wie wenig man sich nun im radicalen Lager des gefallenen Dictators annimmt. Von 180 (!) politischen Schweizer Zeitungen haben nur 4 für ihn Partei genommen, eingerechnet seine eigene („La Nation“), und die des (berüchtigten materialistischen Naturforschers) Hrn. Carl Bogt („Handelscourier“). Nachträglich fällt es übrigens bei den genaueren Berichten über den Vorfall in Genf sehr auf, daß in der Kajerne, welche im Quartier von Fazy's Gegnern steht, auch nicht ein Körnlein Pulver zu finden war, während die Fazyaner sich aus der des andern Ufers mit Munition versehen konnten. Die Anordnung war Sache des Staatsraths, dessen Majorität allerdings dem Dictator zugethan ist. Ein nicht minder merkwürdiges Factum ist, daß am 1. September Fazy gegen einen aus Paris erhaltenen Wechsel 10.000 Frs. bei der Genfer banque commerciale in Empfang genommen. Befagter Wechsel war endossirt durch die Präsidenten des Bureau des remplaceants au ministere de la guerre in Paris, welches Bureau die Gelder erhält, die für Ersatzmänner des militärischen Dienstes in Frankreich bezahlt und die als fonds secrets behandelt werden. S. Fazy läßt sich übrigens, wenn nachfolgende Correspondenz der „A. A. Z.“ richtig ist, sein gegenwärtiges Exil nicht je zu Herzen gehen. Jedenfalls dichtet er keine Tristien, denn noch am Sonntag gab er ein großes Diner, zu welchem selbst Tafelmusik aus Genf beordert war.

Der Berner Correspondent der „M. Z.“ theilt über die Genfer Angelegenheiten u. A. Folgendes mit: Der Bundesrath hat, dem Verlangen des (mit Arbeit überhäuft) eidgenössischen Untersuchungsrichters Duplan = Veillon entsprechend, demselben den Präsidenten des Kaufmännischen Obergerichts, Herrn Vornent, beigegeben. Was den Proceß selbst betrifft, so soll er, wenn keine Ueberweisung an die Affisen erfolgt, in Lausanne zur Verhandlung kommen. Bereits spricht man von dem bevorstehenden Transporte der Gefangenen nach Schloß Chillon. Ustaastrath Fontanel hat seine Freilassung gegen Caution begehrt. Ob seinem Begehren gewillfahrt werden wird, verlautet noch nicht. Vorgestern hat S. Fazy sein Exil von Divonne nach Ferney verlegt. Wenn er von dort die Agitation in Genf erhalten will, so wird ihm das nicht viel Mühe machen; übrigens findet er die beste Unterstützung hierin bei der Presse Genfs, die in ihren Anfeindungen und Hegereien nach wie vor fortfährt, daher sich die eidgenössischen Commissarien endlich auch zu einer Anspitze an die Redaktionen der verschiedenen Blätter veranlaßt gesehen haben, welche diese zur Ruhe mahnt.

Auf eine zweite gerichtliche Ladung antwortet F. Fazy in einem weiteren Brief, welchen die „Nation Suisse“ mittheilt: daß er sich nicht stellen könne, aber auch seiner ersten Erklärung hinsichtlich seiner „Unschuld“ nichts hinzufügen habe. Sollte er auf Grund „falscher Zeugnisse“ ferner in den Proceß verwickelt werden, so werde er vor dem eidgenössischen Schwurgericht erscheinen, indem er sich vorbehalte, vorher bei der Bundesversammlung gegen die Competenz einer eidgenössischen Untersuchung in dieser Sache Recurs zu ergreifen. Das Verhalten Fazy's macht den ungünstigsten Eindruck, selbst viele Radicale sollen sich bitter über die Flucht ihres ehemaligen Führers aussprechen. Das „Journal de Geneve“ seinerseits erklärt, daß ein Fontanel z. B. in seiner Achtung steige, da dieser doch mit seiner Person für seine Ueberzeugung einstehe, obwohl er so gut fliehen konnte wie Fazy.

### Belgien.

Wie ein Brüsseler Telegramm vom 9. d. meldet, hat der Senat 5.575.000 Francs zur Beendigung der Befestigung von Antwerpen mit 27 gegen 14 Stimmen bewilligt. Drei Mitglieder des Senats enthielten sich der Abstimmung. Darauf beschäftigte sich der Senat mit dem Budget für die öffentlichen Bauten.

### Großbritannien.

In London sind mit der amerikanischen Post nähere Angaben über die Verhaftung des Schneiders Müller eingetroffen, und haben, wie zu erwarten war, das nie eingeschlummerte Interesse an die mit der Ermordung des Hrn. Briggs zusammenhängende Criminalsache noch einmal recht ins Leben gerufen. Am 24. Abends traf das Segelschiff „Victoria“ in New-York ein; die Polizisten stiegen an Bord und Müller ward, nachdem er von einigen der von England herübergebrachten Zeugen identificirt worden, in Haft genommen. Er befeuerte aufs Begehrteste seine Unschuld; in seinem Koffer jedoch wurde des Ermordeten







# Amtsblatt.

Nr. 13426. Kundmachung. (933. 1-3)

Auf Grund des Artikels XV. der zur Durchführung des Belagerungszustandes erlassenen Verordnung vom 27. Februar 1864 wird die bei Brockhaus in Leipzig gedruckte und verlegte Druckschrift: „Namaszczony“ napisal Jan z puszczy — Lwów w komisyi K. Wilda 1864 — für den Umfang dieser Provinz als verboten erklärt.

Vom k. k. galiz. Statthalterei-Präsidium.  
Lemberg, 5. September 1864.  
Der k. k. Landescommandirende General von Galizien und Bukowina.

Alexander Graf Mensdorff-Pouilly.  
S. M. E.

## Obwieszczenie.

Na mocy artykułu XV. do przeprowadzenia stanu obłężenia wydanego rozporządzenia z dnia 27go Lutego 1864 — pismo nakładem i drukiem u Broekhausa w Lipsku wydane: „Namaszczony“, napisal Jan z puszczy — Lwów w komisyi K. Wilda, 1864 — dla tej prowincji zakazane zostało.

Z c. k. galic. Prezydium Namiestnictwa.  
Lwów, 5 Września 1864.  
C. k. komendujący Jenerał w Galicji i na Bukowinie.

Hrabia Aleksander Mensdorff-Pouilly,  
F. M. P.

Nr. 15350. Edict. (930. 2-3)

Vom Krafauer k. k. Landesgerichte werden über Ansuchen der Riva Nebenzahl aus Bocknia diejenigen, welche den bei dem am 3. Juli 1863 in Wisniz ausgebrochenen Brande der Riva Nebenzahl angeblich in Verlust gerathenen, von Sale Nebenzahl an eigene Ordre ausgestellten an Riva Nebenzahl girirten durch S. Theodor Freiherrn Przychodci acceptirten, am 1. Juli 1863 zahlbaren Primawechsel ddo. Wisniz, 4. Jänner 1863 über 884 fl. 5. W. in Händen haben, aufgefordert, diesen Wechsel binnen 45 Tagen vom Tage der dritten Einschaltung dieses Edictes im Amtsblatte der Krafauer Zeitung diesem k. k. Landesgerichte vorzulegen, widrigenfalls derselbe für amortisirt erklärt werden würde.

Krafau, 18. August 1864.

Nr. 11026. Edykt. (931. 2-3)

C. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie podaje do publicznej wiadomości, iż w dniu 9 Lipca 1864 zmarł Andrzej Cwałosiński bez pozostawienia ostatniej woli rozporządzenia i że do spadku po nim przychodzi także między innymi Stanisław Cwałosiński.

Gdy Sądowi miejsce pobytu tegoż Stanisława Cwałosińskiego jest niewiadome, przeto wzywa się tegoż, aby w przeciągu roku od dnia dzisiejszego do Sądu się zgłosił i deklarację do przyjęcia spadku złożył, w razie bowiem przeciwnym pertraktacja spadku ze zgłaszającymi się sukcesorami i z ustanowionym dla niego w osobie p. Adw. Dr. Geisslera kuratorem przeprowadzoną zostanie.

Kraków, dnia 7 Września 1864.

Nr. 16413. Edykt. (926. 1-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym edyktem zawiadamia, iż w skutek podania p. Salamona Wechsler uchwałą z dnia 29 Sierpnia r. b., do l. 16413 zapowiedzenie ruchomości p. B. Wachtla własnych, pod nadzorem p. Feliksa Gumpłowicza się znajdujących celem zabezpieczenia sumy wekslowej 500 złr. w. a. dozwolono — gdy jednak B. Wachtel z miejsca pobytu jest niewiadomy, przeto celem doreczenia powołanej rezolucji ustanawia mu się kuratora w osobie p. Adw. Dra. Rosenblatt z poleceniem, aby nieobecnego według prawa zastępował, p. W. Wachtla zaś wzywa się, aby w rzeczonych sprawie albo sam stanął, lub ustanowionemu kuratorowi środki obronne dostarczył, lub sobie innego zastępcę wybrał, gdyż w razie przeciwnym skutki zaniedbania sam sobie przypisze.

Kraków, 29 Sierpnia 1864.

Nr. 9850. Edykt. (934. 1-3)

Ces. król. Sąd deleg. miejski Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Jakoba Weidegrün, że przeciw niemu Herschel Weidegrün pod dniem 10 Sierpnia 1864 do l. 9850 o zapłatę sumy 26 złr. w. a. z p. n. wniosł pozew, w załatwieniu tegoż pozwu termin do sumarycznej rozprawy na dzień 14 Listopada 1864 o godzinie 10 zrana wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd delegowany w celu zastępowania pozwanego, równie na koszt i niebezpieczeństwo jego, tutejszego Adwokata p. Dra. Rosenblatt z zastępstwem pana Adwokata Dra. Kańskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicji obowiązującego przeprowadzonym będzie. Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie obrał i o tém ces. kr. Sądowi delegowanemu doniósł, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, 27 Sierpnia 1864.

L. 16453. Edykt. (935. 1-3)

C. k. Sąd kraj. Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Tadeusza hr. Morstina i Sabing hr. Morstinową, że przeciw nim z dniem 29 Sierpnia 1864 do l. 16453 Jakób Drobner wniosł pozew o wydanie nakazu zapłaty sumy wekslowej 6200 złr. w. a. z przynależnościami na podstawie sola wekslu ddo. Kraków 6 Czerwca 1863 w rok od daty płatnego, i że w załatwieniu tegoż żądania na podstawie uchwały c. k. Sądu krajowego z dnia 29 Sierpnia 1864 do l. 16453 zapadł wydanym został żądany nakaz płatniczy.

Gdy miejsce zamieszkania pozwanych nie jest wiadomem, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych jak równie na koszt i niebezpieczeństwo ich tutejszego Adwok. p. Dra. Zuckra kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicji obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie obrał, i o tém ces. król. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków, 25 Sierpnia 1864.

L. 3018. Edykt. (936. 1-3)

Ces. król. Sąd powiatowy w Gorlicach edyktem niniejszym zawiadamia Jude Schiff z Gorlic, iż przeciw niemu p. Teresa Walko o zapłatę 56 złr. 30 kr. w. a. pozew wniosła i pomocy sądowej żądała, w skutek czego termin na dzień 30 Września 1864 o godzinie 9 zrana wyznaczony został.

Gdy Sądowi miejsce pobytu pozwanego wiadomem nie jest, przeto ustanawia się dla niego na jego koszt i niebezpieczeństwo tutejszego obywatela p. Ignacego Muchowicza kuratorem, z którym sprawa rzeczona według przepisów tu obowiązujących przeprowadzoną będzie.

Upomina się przeto nieobecnego niniejszym edyktem, ażeby w czasie wyznaczonym albo sam stanął, lub kuratorowi potrzebne środki dowodowe wręczył, albo też innego zastępcę sobie obrał, i o tém zawiadomił Sąd, i w ogóle aby wszystkie ku obronie swęj służące mu środki użył, inaczej bowiem sam sobie skutki zaniedbania tego przypisać będzie musiał.

C. k. Sąd powiatowy.  
Gorlice 22 Sierpnia 1864.

L. 1497. Edykt. (937. 1-3)

Ze strony ces. król. Sądu powiatowego w Jasle czyni się wiadomo, że na dniu 17 Lipca 1858 umarł w Jasle cukiernik Karol Stawski z pozostawieniem ustnego ostatniej woli rozporządzenia, którem naturalną swą córkę Józefę Stopkowicz dziedziczką ustanowił.

Ponieważ istnienie i pobyt prawnych sukcesorów temu Sądowi wiadome nie są, zatem wzywają się niniejszem ci, którzyby jakie prawa do powyższego spadku mieli, aby takowe w przeciągu jednego roku, od dnia dzisiejszego rachując, do tutejszego Sądu zgłosili i deklarację spadkową wniosli, inaczej spadek, dla którego Karol Białkowski tymczasowo kuratorem mianowany został, jedynie z tymi, którzyby się oświadczyli i tytuł do dziedziczenia wykazali, pertraktowanym i im zaprzyszany zostanie.

Z c. k. Sądu powiatowego.  
Jasło, 31 Marca 1864.

Nr. 4101. Concurs. (942. 1-3)

Zu befehen ist die Postmeisterei in Debica mit der Jahresbestallung von 262 fl. 50 kr. und dem Antspauschale jährlich 40 fl. gegen Dienstvertrag und Cautionsleistung im Betrage der Jahresbestallung.

Außerdem hat der zu ernennende Postmeister täglich zwei Botenfahrten und zwei Fußbotenposten zum Bahnhofe, erstere zu den Nacht- letztere zu den Tageszügen und eventuell auf die Botenfahrten von Debica nach Mielec auf die Entfernung von 4 1/2 Meile und retour zu unterhalten und sind bezüglich dieser Fahrten der Competenzgehalte, welche binnen drei Wochen bei der Postdirection in Lemberg die geforderten Erklärungen beizufügen, welche geringste Pauschallumme für die Fahrten und Botengänge zum Bahnhofe, dann die Botenfahrten nach Mielec verlangt wird.

Außerdem hat jeder Competent außer den gewöhnlichen Erfordernissen, seine Vermögensverhältnisse und den Besitz einer für die Post-Kanzlei geeigneten im Weichbilde der Stadt gelegenen feuer- und einbruchsfähigen Localität nachzuweisen.

Von der k. k. gal. Postdirection.  
Lemberg, 27. August 1864.

Nr. 5569. Kundmachung. (927. 2-3)

Zur Verpachtung der Muszynaer städtischen Branntwein-Meth- und Bier-Preparation für die Zeit vom 1. November 1864 bis letzten December 1867 wird bei dem Umstande — als bei dem 1. Licitations-Termine Niemand erschienen ist — hiemit der 2. Termin auf den 26. und gleichzeitig der 3. Termin auf den 27. September l. J. festgesetzt, und die diesfällige Licitation in der Rammerei-Kanzlei während den Amtsstunden abgehalten werden.

Der Fiskalpreis beträgt 1299 fl. 70 kr. öst. Währ., wovon 10% als Badium vor der Licitation zu erlegen sein wird.

Die näheren Licitationsbedingungen können in der Rammerei-Kanzlei eingesehen werden.  
Sandez, am 4. September 1864.

Nr. 6513. Ankündigung. (940. 1-3)

Zur Verpachtung der Markt- und Standgelder in der Stadt Neufandec für die Zeit vom 1. November 1864 bis Ende December 1867 wird eine zweite Licitation am 30. September und falls diese auch ungünstig ausfallen sollte, eine dritte am 3. October 1864 in der Magistratskanzlei abgehalten werden.

Der Fiskalpreis beträgt 1451 fl. 10 kr. und das Badium 145 fl. 10 kr. ö. W.

Vorschriftsmäßig verfaßte, und mit dem Badium belegte schriftliche Offerten werden vor und während der mündlichen Licitation auch angenommen werden.

Weitere Licitationsbedingungen können in der Magistrats-Kanzlei eingesehen werden.

Von der k. k. Kreisbehörde.  
Sandez 8. September 1864.

Nr. 3334. Zur Beachtung! (941. 1-3)

Um einem großen Zudrange von Menschen bei dem am 16. d. M. hier stattfindenden Grubenbesuche vorzubeugen, wird hiermit bekannt gemacht, daß an diesem Tage der Einlaß in das hierortige Salinen-Bergwerk nur den, mit dem Wiener Vergnügungszug hieher anlangenden Grubengästen gegen Vorweisung ihrer Fahrkarten gestattet werden wird.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction.  
Wieliczka, 10. September 1864.

Nr. 4488. Kundmachung. (938. 1-3)

Vom Neufandecer k. k. Kreisgerichte wird hiemit bekannt gemacht, daß die mit dem hiergerichtlichen Beschlusse vom 25. September 1861, Z. 3510 eröffnete Concurs-Verhandlung über das Vermögen der Marianne Klausner 2do voto Engländer nicht protocollirter Specereivaaren-Händlerin von Neufandec für aufgehoben erklärt wurde.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.  
Neufandec, 22. August 1864.

Nr. 2033. Kundmachung. (939. 1-3)

Vom Magistrate der k. Kreisstadt Rzeszow wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß der St. Mathiens-Pferdemarkt hieher im Orte Rzeszow am 21. September 1864 beginnen und am 26. September 1864 endigen werde. Wobei dies noch bemerkt wird, daß zu jener Zeit auch das Pferdewettrennen in Rzeszow stattfinden wird.

Vom k. Stadt-Magistrate  
Rzeszow, 9. September 1864.

Nr. 4956. Edict. (928. 2-3)

Vom Rzeszower k. k. Kreisgerichte werden über Einschreiten des Londoner Handlungshauses Cox, Heisch et Comp. de praes. 18. Juli 1864 Z. 4956 und die durch das Rzeszower Handlungshaus J. Schaitter et Comp. bei der Tagfagung am 17. August 1864 abgegebene zustimmende Erklärung diejenigen, welche den durch Cox Heisch et Comp. in London am 2. November 1863 über 488 fl. 5. W. ausgestellt 4 Monate a dato an die Ordre — Cox Heisch et Comp. — zahlbaren, durch J. Schaitter et Comp. in Rzeszow acceptirten Wechsel in Verlust gerathenen Wechsel vorzulegen, und ihre Ansprüche darauf geltend zu machen, widrigenfalls nach fruchtlosem Ablaufe dieser Frist der besagte Wechsel amortisirt werden wird.

Rzeszow, am 26. August 1864.

## Große Prämien-Verloosung von 2 Millionen 269,000 Mark.

in welcher nur Gewinne gezogen werden, garantirt von der Regierung der freien Stadt Hamburg.

Ein Prämien-Original-Los kostet 2 Thlr.

„ halbes „ „ 1 „

Zwei Viertel „ „ 1 „

Unter 19,000 Gewinnen befinden sich

Haupttreffer von Mark:

200,000, 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 15,000

7 mal 10,000, 2 mal 8,000, 2 mal 6,000 3 mal 5,000

3 mal 4,000, 16 mal 3,000, 50 mal 2,000, 6 mal 1,500

6 mal 1,200, 106 mal 1,000, 106 mal 500, 6 mal 300, 106 mal 200, 8600 mal 92 M. u. u.

Beginn der Ziehung am 5. October.

Auswärtige Aufträge mit Rimeffen in allen Sorten Papiergeld oder Freimarken, führe ich selbst nach den entferntesten Gegenden prompt und verschwiegen aus und sende amtliche Ziehungslisten und Gewinn-gelder sofort nach der Entscheidung zu. (913. 2-3)

## J. Dammann,

Banquier in Hamburg.

## Neues Prämien-Anlehen.

Gewinnziehung am 1. October 1864.

Gewinne des Anlehens fr. 100,000 80,000 70,000 60,000 50,000 45,000 40,000 10,000 u. u.

Das Handlungshaus Anton Bing in Frankfurt a. M. erläßt gegen Einsendung des Betrages in österr. Banknoten 1 Loos zu fl. 1.50, 12 Loose zu fl. 15. — 25 Loose zu fl. 30. —

Gewinnliste wird unentgeltlich und franco den Theilnehmern übersandt. (943. 1-6)

Am 1. October l. J.

findet die Ziehung des

t. t. österr. Eisenbahn-Anlehens

vom Jahre 1858,

von 24 Millionen Gulden statt.

Hauptpreise dieses Anlehens sind: 21 mal fl. 250,000, 71 mal 200,000, 103 mal 150,000, 90 mal 40,000, 105 mal 30,000, 90 mal 20,000, 370 mal 5,000, 20 mal 4,000, 76 mal 3,000, 54 mal 2,500, 8 mal 1,500, 8 mal 1,000, 70 mal 400; niedrigster Gewinn 8850 mal 140 fl. österr. Währ. (924. 3-8)

Kein anderes Anlehen bietet bei gleicher Solidität und bei einer verhältnißmäßig kleinen Einlage so große Chancen dar, wie dieses. Ein ganzes Loos kostet fl. 6. — ein halbes fl. 3. — 3 Stück erlasse ich zu fl. 15. — 6 Stück zu fl. 28 ö. W.

Gefällig. Aufträge werden gegen Einsendung des Betrags prompt und bestens ausgeführt, Verloosungspläne den Bestellungen beigegeben und die Gewinnlisten sofort nach der Ziehung zugefandt. Man beliebe sich daher baldigst und direct zu wenden an

Heinrich Bach,

Staatseffectenhandlung in Frankfurt a. M.

## Wiener Börse-Bericht

vom 10. September.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

3n Centr. W. zu 5% für 100 fl. 66.85 66.95

Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.

mit Zinsen vom Jänner — Juli 79.15 79.30

vom April — October 79.15 79.30

Metalliques zu 5% für 100 fl. 70.85 71. —

„ 4 1/2% für 100 fl. 63. — 63.50

mit Verloosung v. J. 1839 für 100 fl. 155. — 155.50

„ 1854 für 100 fl. 88. — 88.50

„ 1860 für 100 fl. 95.20 95.30

Prämien-Scheine vom Jahre 1864 zu 100 fl. 86.50 86.70

zu 50 fl. 86.50 86.70

Somo-Renten-Scheine zu 42 L. austr. 17.50 18. —

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

von Nieder-Öst. zu 5% für 100 fl. 89.50 90.50

von Mähren zu 5% für 100 fl. 93. — 94. —

von Schlesien zu 5% für 100 fl. 89. — 90. —

von Steiermark zu 5% für 100 fl. 89. — 89.50

von Tirol zu 5% für 100 fl. — —

von Kärnt. Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl. 87. — 88.50

von Ungarn zu 5% für 100 fl. 74.10 74.50

von Temeser Banat zu 5% für 100 fl. 72.15 72.60

von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl. 74.50 75. —

von Galizien zu 5% für 100 fl. 74.15 74.75

von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl. 71.50 72.50

von Bukowina zu 5% für 100 fl. 71.50 72.50

Actien (pr. St.)

der Nationalbank 775. — 777. —

der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. öst. W. 187.80 188. —

Niederösterr. Escompte-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W. 616. — 617. —

der k. k. österr. Nordbahn zu 1000 fl. ö. W. 1947. 1949

der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. ö. W. oder 500 fr. 210.75 211.25

der k. k. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. ö. W. 137.25 137.50

der Süd-nord. Verbind.-B. zu 200 fl. ö. W. 122.25 122.75

der k. k. österr. Nordbahn zu 5% für 100 fl. 147. — 147. —

der vereinigten österr. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 fr. 247.50 248.50

der k. k. österr. Nordbahn zu 200 fl. ö. W. 246.75 247. —

der österr. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W. 445. — 446. —

des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. ö. W. 234. — 236. —

der österr. Nordbahn zu 5% für 100 fl. 370. — 375. —

der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W. 430. — 450. —

der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W. 161. — 161.50

Pfandbriefe

der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl. 102.50 103. —

auf ö. M. l. verlosbar zu 5% für 100 fl. 92.75 93. —

auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl. 88.25 88.35

Galiz. Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl. 75. — 75.50

Vose

der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. öst. W. 128. — 128.20

Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 100 fl. ö. W. — 85.50

Ersterr. Stadt-Anlehen zu 100 fl. ö. W. 105. — 106. —

zu 50 fl. ö. W. 48. — 49. —

Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W. 24.75 25.25

Gstehay zu 40 fl. ö. W. 96.50 97.50

Salm zu 40 fl. „ 30. — 30.50

Balfy zu 40 fl. „ 28.25 28.75

Glary zu 40 fl. „ 25. — 25.50

St. Genois zu 40 fl. „ 24.50 25. —

Windischgrätz zu 20 fl. „ 18.50 19. —

Waldheim zu 20 fl. „ 17. — 17.50

Regievis zu 10 fl. „ 13. — 13.50

K. k. Hospitalfond zu 10 fl. österr. Währ. 11.60 11.80

Wechsel. 3 Monate.

Bank (Platz) Sconto

Augsburg, für 100 fl. süddeutscher W. ihr. 4 1/2% 96.80 96.90

Frankfurt a. M., für 100 fl. süddent. Währ. 3 1/2% 96.85 97. —

Hamburg, für 100 M. W. 6% 86.60 86.75

London, für 10 Pf. Sterl. 8% 114.85 115. —

Paris, für 100 Francs 6% 45.60 45.65

Cours der Geldsorten.

Durchschnitts-Cours

Legter Cours

fl. fr. 1. fr. fl. fr. 1. fr.

Kaiserliche Münz-Dufaten 5 47 5 48